

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Gottlingen, Zürich.
Postsendungen
franko gegen franks
Geldbühliche Briefe
nach der Schweiz fallen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von
Fr. 2 — für die Schweiz (Streuhand)
Fr. 3 — für Deutschland (Gauert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gauert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Streuhand).

Inserte
die druckpolizeiliche Genehmigung
25 Glt. — 20 Vlg.

Nr. 47.

Donnerstag, 15. November

1883.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, demzufolge wird und die dortigen Behörden sich auf Mähe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schütten. Hauptverkehrsrichtung ist hiezu einseitig, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag sich adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschöpfliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich beidseitiger Schriftverkehr. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weiter Mähe und Kosten sparen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Kommunismus oder Anarchie.

Proudhon, der geistreiche Konfusionsrath, der die heutige Gesellschaft dadurch umkrempeln wollte, daß er den „wahren“ Werth zum bestimmenden Faktor beim Austausch der Produkte proklamirte, wobei er leider, wie Marx ihm nachwies, überließ, daß sein „wahrer“ Werth bereits in der heutigen privatrechtlich-kapitalistischen Gesellschaft maßgebend ist, Proudhon ist bekanntlich der Erfinder der Anarchie.

Mit der Anarchie, der Herrschaftslosigkeit, wollte er den Kommunismus und die Bourgeoisgesellschaft schlagen: die Bourgeoisie, indem er das Privateigenthum juristisch, d. h. ideell, abschaffte, den Kommunismus, indem er es ökonomisch, d. h. realiter, wiederherstellte. Damit war die Synthese, die „höhere Einheit“, zwischen Kapitalismus und Kommunismus gefunden.

Proudhon's Nachfolger, besser Nachtreter, die zwar seinen Geist nicht hatten, dafür aber ihren Meister an Konfusion erfrenlichst übertrafen, erkannten, nachdem sie eines Tags dahintergekommen waren, daß mit der Anarchie nichts anzufangen ist, aber ihren Bankrott nicht einzugehen wagten, eine neue „Theorie“, nämlich die höhere Einheit zwischen Anarchie und Kommunismus, den anarchischen Kommunismus. Das ist ein Ding, unter welchem man sich alles Mögliche vorstellen kann, und wor sich die Mähe genommen hat, die Polemik zu verfolgen, die verschiedene anarchische „Gruppen“ jüngst in der „Bataille“ mit einander darüber ausfochten, der wird uns zustimmen, daß hiermit vorüberhand der Gipfel der Konfusion erklimmen ist.

In Deutschland hat die Anarchie bisher wenig Liebhaber gefunden. Es hat zwar nicht an Versuchen gefehlt, den deutschen Arbeitern den Meister Proudhon als Propheten aufzuschwären, sie sind aber stets kläglich verunglückt. Das Häuflein Krackler, das sich neben einigen harmlosen Schriftgelehrten in Deutschland Anarchisten nennt, versteht von der Sache glücklicherweise gar nichts, die Anarchie ist den Agenten der Fortschrittspartei in Nürnberg z. B. an sich sehr gleichgültig, sie dient ihnen nur als bequemer Vorwand für ihren Verrath an der Arbeiterfrage. Unter den Deutschen im Auslande haben sich dagegen einige Leute wirklich im Laufe der Zeit zu Anarchisten „aus Prinzip“ entwickelt; daß diese an Klarheit und Sachkenntnis ihren französischen Brüdern nicht nachsehen, ist selbstverständlich.

Das hat sich ganz besonders auf dem „internationalen Arbeiterkongress“ gezeigt, der am 14.—16. Oktober d. J. in Pittsburg (Pennsylvania) getagt hat. Wir haben uns hier nicht über die Motive auszulassen, welche dort Anarchisten und Sozialisten zusammengesührt, noch über den Zweck dieses Kongresses überhaupt, wir wollen uns vielmehr lediglich an einem von diesem Kongress beschlossenen Manifest darüber Belehrung holen, wie es nunmehr mit der Frage: „Anarchie oder Kommunismus“ steht.

Zwei Stellen aus besagtem Manifeste geben uns darüber Auskunft.

Zunächst wird am Schluß einer Kritik der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, die in nichts von der sozialistischen Kritik abweicht, behauptet, daß an die Stelle des heutigen Wirtschaftssystems die „wirkliche Ordnung“ gesetzt werden muß. Es heißt von dieser Ordnung:

„Diese kann nur dann hergestellt werden, wenn alle Arbeitsinstrumente, Grund und Boden und sonstige Bedingungen der Produktion, kurzum das ganze durch die Arbeit erzeugte Kapital in gesellschaftliches Eigenthum verwandelt wird. Denn nur unter dieser Vorbedingung ist jede Möglichkeit zu weiterer Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschnitten. Nur vermittelt gemeinsamen, unzertheilbaren Kapitalen können Alle in den Stand gesetzt werden, die Früchte gemeinsamer Thätigkeit voll und ganz zu genießen. Nur bei der Unmöglichkeit, individuell (privatim) Kapital zu erwerben, ist Jeder gezwungen, zu arbeiten, wenn er einen Anspruch auf's Leben erheben will.“

Weder Knechtschaft noch Herrschaft werden künftighin in der menschlichen Gesellschaft existiren.

Diese Ordnung der Dinge bringt es auch mit sich, daß je nach dem Bedarf der Gesamtheit produziert wird und daß Keiner mehr als eilfche Stunden im Tage zu arbeiten braucht, Alle aber dennoch in reichlichstem Maße ihre Bedürfnisse zu befriedigen vermögen.“

Das ist durchaus kommunistisch, wenn auch nicht gerade sehr logisch formulirt. Daß der Grund und Boden durch die Arbeit erzeugtes Kapital sei, erlauben wir uns wenigstens recht stark zu bezweifeln. Indef hatten wir uns bei solchen Kleinigkeiten nicht weiter auf.

„Was wir erstreben“, schließt das Manifest, „ist somit einfach und klar:

1. Zerstörung der bestehenden Klassenherrschaft mit allen Mitteln, d. h. durch energisches, unerbittliches, revolutionäres und internationales Handeln.
2. Errichtung einer auf genossenschaftlicher Organisation der Produktion beruhenden freien Gesellschaft.
3. Freier Austausch der gleichwerthigen Produkte durch die produktiven Organisationen selbst und ohne Zwischenhandel und Profitmacherei.
4. Organisation des Erziehungswesens auf religionsloser, wissenschaftlicher und gleichheitlicher Basis für beide Geschlechter.
5. Vollkommene Gleichberechtigung Aller, ohne Unterschied von Geschlecht und Rasse.
6. Regelung aller öffentlichen Angelegenheiten durch freie Gesellschaftsverträge der auf föderalistischer Grundlage ruhenden autonomen (unabhängigen) Kommunen und Genossenschaften.“

Wenn wir von Punkt 1, 4 und 5 absehen, die in fast gleicher Formulirung auf allen sozialistischen Programmen figuriren, so haben wir hier just das Gegentheil des Kommunismus vor uns, mag man es nun Anarchie oder sonstwie nennen. Das neue Manifest, das an Stelle „langweiliger“ Programme, wie Herr Most in Newyork erklärte, geschaffen wurde, zeichnet sich somit auch dadurch vortheilhaft von allem bisher Dagewesenen aus, daß es mit dem reaktionären Vorurtheil bricht, man könne, wenigstens in einem bestimmten Momente, von zwei entgegengesetzten Ansichten über eine Frage nur die eine haben. Das „ich bin nicht immer meiner Meinung“ ist bereits ein überwundener Standpunkt; jetzt muß es heißen: „Ich bin einerseits meiner und andererseits der entgegengesetzten Meinung.“

„Freier Austausch der gleichwerthigen Produkte“, heißt es in Punkt 3 — das besagt, daß in der zu erstrebenden „freien“ Gesellschaft der Tauschwerth maßgebend bleiben soll, womit die Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems getreuet ist. Produkte in ihrer Eigenschaft als Gebrauchswerte gleichwerthig zu nennen, ist ein Unfug, es kann sich also nur darum handeln, daß die Zirkulation der Produkte — wie bereits in der heutigen Gesellschaft — auf Grund ihrer Eigenschaft als Tauschwerthträger, als Waare, erfolgen soll. Ob die Tauschenden die Produzenten selbst oder Zwischenhändler sind, ändert an diesem Verhältnis nichts. Nicht die Gesellschaft produziert, sondern einzelne autonome Genossenschaften. Für den Austausch ihrer Produkte bleiben somit alle für die heutige kapitalistische Gesellschaft bestehenden wirtschaftlichen „Naturgesetze“ in Kraft, insbesondere das Gesetz von Angebot und Nachfrage; Werthmesser ist nicht die auf ein bestimmtes Produkt verwendete, sondern die zu seiner Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Wie da die Aufhebung der Profitmacherei mehr als ein frommer Wunsch bleiben soll, ist Geheimniß der Urheber des Manifestes; nach unserer bescheidenen Ansicht wird, wo Arbeiten mit Verlust möglich ist, auch Arbeiten mit Profit nicht unmöglich sein.

Eine Gesellschaft als Einheit in sich kann Produktion und Verteilung regeln ohne einen greifbaren Werthmesser, der „freie Austausch“ ist ohne einen solchen nicht denkbar. Als werthvolle Erzeugnisse der kapitalistischen Gesellschaft bleibt somit auch das Geld erhalten. Und wo Geld, ist auch Anhäufung von Geld, wenn nicht in den Händen von einzelnen Personen, so in den Händen von Gruppen, „autonomen“ Gemeinden und Genossenschaften. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, individuell Kapital zu erwerben.

Halt! Da steht doch aber oben: „bei der Unmöglichkeit, individuell Kapital zu erwerben?“

O, warum denn nicht? Oben steht noch viel mehr! Oben ist auch von „gemeinsamem, unzertheilbarem Kapital“ die Rede, während unten von „autonomen Kommunen und Genossenschaften“ gesprochen wird. Autonomie heißt Unabhängigkeit, und wenn dies Wort keine Phrase sein soll, so ist doch sicherlich zur Autonomie einer Körperschaft notwendig, daß sie wirtschaftlich selbstständig ist. Eines von Beiden ist somit nur möglich: entweder das Kapital — man verzeihe, daß wir dieses, der heutigen Gesellschaft entnommene Wort gebrauchen — gehört der Gesellschaft, und dann kann von autonomen Genossenschaften nicht oder doch nur bedingt die Rede sein, oder aber es gehört nicht der Gesellschaft, und dann ist es weder gemeinsam noch unzertheilbar.

Ist das Erstere der Fall, dann ist's auch ein Widerspruch, von genossenschaftlicher Organisation der Produktion zu reden. Genossenschaftlich drückt nach dem Sprachgebrauch zwar eine Vielheit aus, aber eine Vielheit im Gegensatz zu anderen Vielheiten. Das Wort scheidet, und zwar, um bei dem Bilde zu bleiben, einerseits nach dem Individualismus, andererseits nach dem Kommunismus. Wenn wir uns ungewandert ausdrücken wollen, so sagen wir: entweder soll nach dem Bedarf der Gesamtheit produziert werden, und dann muß die Produktion nicht genossenschaftlich, sondern gesellschaftlich geregelt werden, das heißt

kommunistisch sein, oder aber die Produktion bleibt freien, autonomen Genossenschaften überlassen, und dann bilde man sich nicht ein, daß der „Bedarf der Gesamtheit“ eine größere Rolle spielen wird, als er heute schon spielt.

Wir könnten der Widersprüche in diesem Manifest noch genug nachweisen, wir denken jedoch, das Gesagte wird genügen, um die Konfusion zu zeigen, welche der Versuch, zwischen zwei entgegengesetzten Prinzipien, wie Anarchie und Kommunismus, eine höhere Einheit herstellen zu wollen, hier wieder einmal zu Tage gefördert hat und naturnothwendig zu Tage fördern muß. Da ist keine Vereinigung möglich. Die Anarchie ist unkommunistisch, antikomunistisch, es kann nur heißen Anarchie oder Kommunismus.

Anarchie heißt Ungleichheit und insolge dessen auch Unfreiheit, denn Herrschaftslosigkeit ist noch nicht Aufhebung der Herrschaft des Stärkeren — Kommunismus heißt Gleichheit, und weil zur Freiheit Gleichheit unerlässlich ist, so ist nur im Kommunismus der höchste Grad von Freiheit möglich.

Es ist vielfach Sitte, die Anarchisten als die fortgeschrittenen, die radikaleren Elemente unter den Sozialisten hinzustellen, die bereits die höchste Vollendung unseres Ideals im Auge hätten. Nichts ist verkehrter als das. Der Anarchist ist im besten Falle ein unpraktischer Träumer, so lange harmlos, als er sich eben begnügt, von seinem „Ideal“ zu schwärmen. Wir aber kämpfen einen sehr realen Kampf mit der heutigen Gesellschaft, und wer uns da mit irgend einem „Ideal“ den Weg vertritt, das nach der Ansicht der meisten seiner eigenen Anhänger erst nach Generationen in Erfüllung gehen kann, das zunächst aber just das Gegentheil von dem besagt, was wir wollen, der ist unser Gegner und nicht Anderes. Leo.

Die Handhabung der Gerichts- und Gerechtigkeitspflege in Oberfeld.

(Ein Beitrag zur Zeitgeschichte.)

Seit längerer Zeit schon erregt die von der Strafkammer des Landgerichts hier geübte parteiische Urtheilssprechung die allgemeinste Entrüstung. Es werden Viele unschuldig verurtheilt oder für kleine Vergehen mit unverhältnismäßig hohen Strafen belegt, sobald sie den „niedereren“, d. h. ärmeren Klassen angehören; dagegen werden schwere Sittverbrecher, Industriemänner und Gauner, die den sogenannten „besseren“ Ständen angehören das Glück haben, oder solche aus Oberrichterfreifen, insbesondere wenn sie heuchlerisch-stromme Kuder sind, freigesprochen. Es wird eben bei genanntem Gericht nur nach Stand und Ansehen der Person Recht gesprochen, häufig auch aus Rücksicht auf andere hochgestellte Personen, sobald diese ein großes eigenes Interesse daran haben. Wir brauchen nur an die Affäre des Waisenhausdirektors B. z. zu erinnern, welcher mit den ihm anvertrauten Waisenmädchen allerhand Unzuchten verübte und trotz erdrückender Beweise freigesprochen wurde — nach Ueberzeugung der Bürgerschaft aus Rücksichten gegen Oberbürgermeister, Stadträte und andere der Heuchlerpartei angehörende Individuen, welche sich sehr für B. z. interessirten und wohl auch materielle Opfer nicht gescheut haben werden. Es ist bezeichnend, daß schon zu Beginn der Untersuchung der Herr Oberbürgermeister Jäger und der beauftragte Protokoller von B. z., Herr Beigeordneter Dieze, täglich das Bureau der Staatsanwaltschaft mit ihrem Besuche „beehrten“, um bei dem I. Staatsanwalt Kästler die Einstellung der Untersuchung zu erlangen. Da dies aber bei der in der Bürgerschaft herrschenden Aufregung ohne Gefahr für die Stellung des Herrn Kästler doch nicht gut angänglich war, wurden diesem die Besuche lästig und meldete er sich deshalb krank, schloß sich auch, um den Besuchen in seiner Wohnung zu entgehen, daselbst wegen seiner angeblichen Krankheit ein, und ließ nur den die Amtsschreiben zur Unterschrift bringenden und wieder zurücknehmenden Kanzleischreiber Kassel vor.

Das Interesse der Herren Jäger und Dieze für den Lump, B. z. genannt, ist mindestens sehr merkwürdig, die Parteilichkeit der Strafkammer in diesem Falle aber ganz offenbar.

Diejenige Persönlichkeit, welche das Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit unserer Gerichte am meisten erschüttert hat, ist der am 1. April d. J. in den Ruhestand versetzte Landgerichtsdirektor Duodt. Dieser langjährige Musterbeamte war gewissen klingenden Gründen sehr zugänglich und hat es daher, obgleich sein Gehalt — so hoch es war — zu seiner kostspieligen Lebensweise unmöglich zureichen konnte, noch zu einem „respektablen“ Vermögen gebracht.

Aus dem reichen Material, welches uns über die richterliche Thätigkeit dieses Herrn vorliegt, heben wir für heute zwei Fälle hervor, die ihrerzeit allgemein Aufsehen erregten und so recht geeignet sind, gleichzeitig als Charakteristikum für unsere biedere Strafkammer zu dienen:

1. Im Frühjahr 1879 löste der Garnhändler J. B. Thomass hier den Kaufmann Keumann, wohnhaft in Berlin, heimathsberechtigt in Oesterreich-Ungarn, unter der falschen Vorpiegelung nach hier, gemeinschaftlich mit ihm eine neue, dem Keumann patentirte Erfindung auszubeuten, ein Kompaniegeschäft zu gründen und den Gewinn zu theilen. Die Keumann'sche Erfindung bestand darin, das Mark, resp. Holz der indischen Kesseln, welches in rohem Zustande aus einer feinen, gelblichen, glatten Faser besteht, der Kohlfarbe ähnlich sieht und sich nach dem System Keumann sehr schön färben und appetiren läßt, zu spinnen, farbecht zu färben, zu appetiren und zu Webstoffen zu verwenden, resp. mit Wolle oder Seide zu verweben. Der Thomass'sche Zweck war, sich diese Erfindung anzueignen, dieselbe an einen unternehmenden reichen Kaufmann gegen hohen Gewinn weiterzuverkaufen und diesen für sich einzubehalten.

Neumann ging harnlos in die ihm gestellte Falle, und so wurde auf der Berlinerstraße hier ein gemeinschaftliches Fabrikat gemischt und theilweise durch Maurer-, Schreiner- und Antreiber-Arbeit hergerichtet. Inzwischen aber suchte und fand Thomas hinter dem Rücken des Erfinders Neumann einen Käufer für die Erfindung und trat mit diesem in Unterhandlungen.*)

Thomas war intim befreundet mit dem damaligen Oberprokurator, jetzigen I. Staatsanwalt Lüheler und wurde durch diesen auch mit den meisten übrigen Herren vom Landgericht, namentlich auch mit dem Direktor Duosad, bekannt und befreundet. Diese Freundschaft, welche er wohl nur seiner offenen Börse und seiner Küche, sowie dem Wein- und Champagnerkeller auf Kosten seiner Gläubiger verdankte, deutete der saubere Bursche dazu aus, den Neumann zu vernichten, und stellte gegen denselben einen Strafantrag wegen Betrugs, indem er behauptete, daß er ihm einige hundert Mark Vorschuss geleistet habe zu seinem Umzuge von Berlin nach Elberfeld und zum Ankauf von Rohmaterialien u. für Muster und Fabrikate. Die Denunziation eines so ehrenwerthen Schwunders wie Thomas mit seinen großartigen Geschäften- und Gesellschaftsverbindungen fand Glauben bei den Herren vom Gericht, und Neumann wurde Anfangs Juni 1879 auf der Straße verhaftet. Bis November 1879 mußte Neumann unschuldig in Untersuchungshaft zubringen, wonächst er von der Strafkammer freigesprochen wurde, weil die Zeugen feststellten, daß nicht Neumann, sondern Thomas der Betrüger war. Inzwischen hatte Thomas ein handelsgerichtliches Urtheil gegen Neumann wegen des diesem geleisteten Vorschusses erwirkt, was dieser nicht hatte verhindern können, weil er sich ja in Untersuchungshaft befand und inselgedessen wehrlos war. Trotzdem das Urtheil noch nicht vollstreckbar, vielmehr durch Neumann's Frau dagegen Berufung eingelegt war, ließ Thomas dem Neumann sämmtliche Mobilien u. pflanzen, dieselben in's Pfandlokal bringen und zu Spottpreisen gerichtlich verkaufen. Durch diese Prozedur war Neumann's Haushaltung total ruiniert; ohne alle Erfindungsmittel mußte seine Frau mit den Kindern in ihre Heimath ziehen, während ihr Mann in Untersuchungshaft schmachtete. Zur selben Zeit machte der erste Staatsanwalt mit seinem Intimus Thomas in des Letzteren Equipage Lust- und Vergnügungsfahrten bei einem Leben voll Herrlichkeit und Freuden.

Wie Alles zu seiner Zeit ein Ende findet, so konnte auch hier der Krach nicht ausbleiben. Monsieur Thomas gerieth im Oktober 1879 in Konkurs, nachdem er einen Tag vor der Konkurserklärung noch mehrere Eisenbahnwagen voll Ballen mit Garn zu Spottpreisen an die fromme und hochachtbare Firma A. B. und G. B. Frowein am Neumarkt hier verkauft und dadurch die Gläubiger betrogen hatte. Der Intimus des I. Staatsanwalts durfte sich so ein christliches Geschäft wohl erlauben, war ja doch der Konkursverwalter, Rechtsanwalt Dahmen, auch ein alter Schulkollege und intimer Freund des Thomas, von demselben also gleichfalls nichts zu befürchten.

Inzwischen war Neumann aus seiner Untersuchungshaft entlassen worden und darf es nicht verwundern, wenn er darüber empört war, daß er die unschuldig erlittene Untersuchungshaft und seinen häßlichen Kain dem Industriemitter, Spitzbuben und betrügerischen Bankrotteur Thomas und dessen Freunde, Staatsanwalt Lüheler, zu verdanken habe. In einer Versammlung der Thomas'schen Gläubiger zu Barmen gab Neumann seiner Erbitterung mit den Worten Ausdruck, daß die Freundschaft des I. Staatsanwalts Lüheler mit Thomas ihn (Neumann) in's Unglück geführt habe. Obgleich die öffentliche Meinung von der Wahrheit dieser Worte überzeugt war, klagten sie doch die Ehre des ehrenwerthen Herrn Lüheler, der kein Freund der Wahrheit zu sein scheint, etwas stark, und Neumann wurde daher wegen Beleidigung angeklagt. Die Anklage scheint aber durch die weiteren Thomas'schen Konkursereignisse etwas in den Hintergrund gedrängt worden zu sein, wenigstens ruhte sie einstweilen noch.

Die Thomas'schen Gläubiger hatten nämlich inzwischen ihre Anzufriedenheit darüber erklärt, daß Thomas so heillos gewirthschafte, wie das schon oben beschrieben ist, daß er wie ein Millionär herrschaftlich und verschwenderisch gelebt, trotzdem er nach den Geschäftsbüchern schon seit 1866 zahlungsunfähig und fällt war und daß er die Geschäftswelt durch betrügerische Manipulationen getäuscht und hintergangen hatte. Die Gläubiger ermittelten auch, daß Thomas am Tage vor der Konkursöffnung die obenerwähnte Waarenverschleuderung verübt, sie, die Gläubiger, dadurch betrogen und betrügerischen Bankrott gemacht hatte. Es wurde dieserhalb gegen Thomas Strafantrag gestellt und auch gegen den Kasserverwalter, Rechtsanwalt Dahmen, wegen Hülfeleistung und fälscher Buchführung.

Und mit einem solchen Strolch und Betrüger fuhr der I. Staatsanwalt spazieren, soß der Untersuchungsrichter und das ganze Richterpersonal des Königl. Landgerichts Elberfeld im Jahre 1879 Wein und Champagner im Hotel Weidenhof! Keine Zustände!

Daß die Anklage gegen Thomas unter solchen Umständen in's Wasser gefallen ist, wird daher nicht befremden. Den beiden Komplizen des Thomas, Staatsanwalt Lüheler und Rechtsanwalt Dahmen, gelang es, die Sache zu vertuschen, und Dahmen brachte mit den Thomas'schen Gläubigern einen Vergleich zu Stande. Erst nachdem dies geschehen und ein Jahr darüber verfloßen war, wurde die Anklage gegen Neumann wegen Beleidigung des Lüheler wieder aufgenommen und Ersterer dieserhalb zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt!

Die Härte dieser Strafe ist empörend, umso mehr als Neumann nur die reine Wahrheit gesagt. Selbst Bismarck und Reichstagsbeleidigungen werden ja in der Regel nicht so hoch, sondern gewöhnlich mit 2 bis 6 Monaten bestraft. Allerdings steht Lüheler in Bezug auf Ehrenhaftigkeit nahezu unerreicht da!

Neumann hat sich zu seinem Glück der Strafe durch die Flucht in's Ausland entzogen, aber wer hat den Schaden davon? Nur die deutsche Industrie und der Arbeiter. Neumann hätte durch seine Erfindung eine neue blühende Industrie in Deutschland geschaffen, welche einer Menge Arbeiter Verdienst und Brot gebracht hätte. Wegen ein paar betrügerischer Schurken wird so ein Mann in's Ausland gejagt; dieses zieht Gewinn und Vortheile daraus, während deutsche Arbeiter am Hungertuche nagen!

Bivat, es leben alle Lumpen!

Bemerkte sei noch, daß Thomas seinen Gläubigern auf die verzinnten Bergleischprocente keinen Pfennig bezahlt, vielmehr den Offenbarungseid geleistet hat.

Um auch noch auf die Firma A. B. und G. B. Frowein zurückzukommen, welche in gewinnlüstiger Absicht vom dem betrügerischen

Bankrotteur Thomas ungeheure Massen Tobgarne zu Spottpreisen gekauft und dadurch die Konkursmasse, bezw. die Thomas'schen Gläubiger betrogen hat, so sei erwähnt, daß dies jedenfalls nur zur größeren Ehre Gottes geschehen ist. Denn die ehrenwerthen Theilhaber dieser Firma sind gar fürchterlich fromm und gottesfürchtig; bei Wahlen zum Kirchenvorstand entwickeln sie lebhafteste Agitationen, lassen von ihren Angestellten Wahllisten und Stimmzettel schreiben und letztere verbreiten, namentlich unter ihrem zahlreichen Arbeiterpersonal, damit sie ja als Kirchenvorstandsmitglieder gewählt werden. Diese Herren Gebr. Frowein besuchen natürlich auch fleißig die Kirche, d. h. nur Vor- und Nachmittags, Abends dagegen gehen sie in die Bordells, um daselbst à la Waisenhauseindirektor Bosh die Nächstenliebe zu pflegen und nebenbei auch Nachzug zu opfern. Selbstverständlich werden die dafür nöthigen, Gott wohlgefälligen Liebes- und andere Ausgaben aus dem sauren Schweize der armen Arbeiter erpreßt, denn die schlechtesten Löhne zahlt ja nur die ehrenwerthe Firma A. B. und Gebr. Frowein. Ein Piepvogel in's Knopfloch und Gottes Lohn werde für solche Verdienste sicher nicht fehlen.

Nun zum zweiten Rechtsfall:

Im Jahre 1881 machte in Barmen der Wirth und Bäcker Sträßer betrügerischen Bankrott. Er sowohl als 12 oder gar 14 Komplizen wurden in Anklagezustand versetzt und zur Aburtheilung vor das Ende 1881 tagende Schwurgericht zu Elberfeld verwiesen. Unter den Helfern und Genossen des Sträßer befand sich als Hauptmatador der Kaufmann Weyrather in Elberfeld, als ein reicher Mann und frommer Bischerer allgemein bekannt und in der Schwurgerichtsverhandlung von dem Zeugen Polizeikommissar Arndt als „Dunkelmann“ bezeichnet. Gleich den übrigen Komplizen war auch Weyrather angeklagt und hatte ebenfalls wie alle übrigen Angeklagten die Vorladung zum Schwurgerichtstermine nebst Anklageschrift zugestellt erhalten, sich auch einen Rechtsbeistand in der Person des Rechtsanwalts van Werden in Elberfeld bestellt. Wunderbarerweise aber erschien in der betreffenden Schwurgerichtsverhandlung Weyrather nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge. Dieser unerhörte, wohl noch nie dagewesene Fall erregte in Elberfeld, Barmen und Umgebung ungeheure Sensation. Jeder fragte sich, ob und wie das möglich und ob es überhaupt zulässig sei. Sowie bisher angenommen wurde, konnte eine eingeleitete Untersuchung — namentlich wenn durch Strafkammerbeschluss die Besetzung in Anklagezustand beschlossen, durch oberlandesgerichtliche Entscheidung die Verweisung vor die Assisen zur Aburtheilung angeordnet, vom Schwurgerichtstermin zur Verhandlung angefahrt und die Angeklagten bereits unter Mittheilung der Anklageschrift vorgeladen waren — nicht mehr niedergeschlagen werden, auch nicht durch kaiserliches Nachwort. Bei der Staatsanwaltschaft und bei der Strafkammer in Elberfeld ist jedoch Alles möglich. Das Wie erklärt sich wie folgt:

Weyrather ist ein reicher Mann, sein Verteidiger van Werden ist ebenfalls sehr reich, dabei noch sehr habgierig; des letzteren Better ist der erste Staatsanwalt Lüheler, und daß dieser nicht kapitelfest ist, ergibt der Fall Thomas. Als Vierter zu diesem sauberen Bunde kam noch der Strafkammerdirektor Duosad hinzu, und das vierblättrige Kleeblatt war fertig.

Weyrather öffnete die Schieken seines Geldsackes und ließ demselben einige Tausend Goldstücke entströmen, die anderen drei Komplizen theilten sich in den Raub, und der gewissenhafte Lüheler beantragte bei der Strafkammer, den Weyrather außer Verfolgung zu setzen. Diese Beschloß demgemäß, und das gute Werk war vollbracht, das Geld ehrlich verdient. Ein Wunder ist es nur, daß die Stuppigkeit bei der Theilung der Beute nicht in Streit gerathen ist, wie das bei Spitzbuben stets der Fall zu sein pflegt und was dann auch zu Berrath und zum Einfangen der Helden führt. Obige Herren sind indessen zu raffiniert dazu und als hochgestellte Beschützer und Wäherer des Unrechts über allen Zweifel und Verdacht erhaben!

Das sind die Zustände und Rechtsverhältnisse beim königlichen Landgerichte Elberfeld, insbesondere bei der Strafkammer. Es werden in Masse und ganz geschäftsmäßig falsche Eide geschworen und vom Gericht nicht beanstandet, wenn es den Herren nur in den Kram paßt. Doch was Wunder, hat ja doch die Spitzbüberei und Heuchelei in den höchsten Spitzen der Behörden ihren Sitz und wird doch die Korruption von oben her systematisch betrieben!

Natüergemäß muß eine solche Verwaltung in sich selbst zerfallen und den gewaltsamen Umsturz beschleunigen.

Verschiedene weitere Fälle über schmutzige Handlungen der Polizei, der Gerichtsbeamten und anderer noblen Herren folgen später.

A. Z.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 15. November.

Die Bismarck'sche Sozialdemagogie hat mit dem Krankenlaffengesetz eine so efflatante Niederlage erlitten, daß an ein Wegkriechen und Vertuschen nicht mehr zu denken ist. Man wollte die deutschen Arbeiter für das „soziale Kaiserthum“ gewinnen, und entdeckt jetzt, daß die deutschen Arbeiter das Krankenlaffengesetz als eine durch und durch reaktionäre, und obendrein miserable ausgeführte Maßregel wie ein Mann verurtheilen, und sich ausnahmslos auf den Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber dem Gesetz stellen. Sogar die „Provinzial-Korrespondenz“ kann sich das nicht mehr verhehlen.

Gesteigert wird der Keger über diese Niederlage noch dadurch, daß das Krankenlaffengesetz, durch welches die freien Klassen vernichtet werden sollten, von den Arbeitern erfolgreich zu Gunsten der freien Klassen ausgenutzt wird.

Aber das ist noch nicht Alles. Die Gemeinde- und Polizeibehörden sind dem unglücklichen Gesetz keineswegs hold. Dasselbe ist so pfuscherhaft hergerichtet, daß die Behörden sich nicht zurechtfinden können und über die ihnen aufgebaute Last höchst erhoht sind. Zwar sagt der Polizei-Charakter des Gesetzes den wohlwollenden Ortspolizeien sehr zu, aber das Gebot des Kassensens ist leider kein, wo polizeiliches Willkürregiment geübt werden kann. Da gibt es Arbeit, viel Arbeit, — Arbeit, die für einen biederen Polizeigeist nur Abschredendes hat und zu keiner nennenswerthen Nachterweiterung führt. Von solch unbankbarer Arbeit mühten die Herren Ortspolizeier sich gern „drücken“; und die während der Debatten über den unglücklichen Beschloß gefallene Prophezeiung, die Regierung werde schon nach Verlauf weniger Jahre dem Reichstag die vollkommene Umgestaltung ihres Krankenlaffengesetzes vorschlagen, scheint sich erfüllen zu wollen.

Wir würden jedoch irren, nähmen wir an, es sei pure Unfähigkeit, daß die Reichsregierung nebst ihren gesetzgeberischen Handlangern kein besseres Gesetz zu Stande gebracht. Unfähigkeit, kraße Unfähigkeit ist ohne Zweifel an den Tag gelegt worden. Allein diese Unfähigkeit ist theilweise absichtlich. Es kommt nämlich heraus, daß der Regierungskommissar Lohmann, welcher die sozialen Gesetze des Fürsten Bismarck bisher in dem Reichstag zu vertreten hatte, die Baterschaft an diesen Nachwerken, deren Erbarmlosigkeit er rückhaltlos anerkennt, von sich abgelehnt, und kategorisch erklärt hat, er werde keine Maßregel mehr vertreten, die er nicht auch ausgearbeitet habe. Für Jeden, welcher den Debatten über die „Sozialgesetze“ mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, war es bisher ein Räthsel, wie Geheimrath Lohmann, der entschieden bedeutendes Organisations-talent besitzt und das Kassensens genau kennt, die jämmerlichen Vorlagen entworfen haben konnte, deren Urheberhaft ihm von der offiziellen Presse allgemein zugesprochen ward. Nun ist das Räthsel gelöst. Herr Lohmann, der einzige fähige Beamte in diesem Fach,

hat zu den Vorlagen bloß seinen Namen hergeben, und sie, als advocatus diaboli, im Reichstag verteidigen müssen; und jetzt ist er, wenn nicht alle Anzeichen trügen, ganz bei Seite geschoben. Wundern kann uns das nicht. Für seine miserable Sozialreform-Buscherei kann Bismarck natürlich nur Buscher brauchen — ein tüchtiger Arbeiter, der solide brauchbare Waare liefert, paßt ihm nicht in seinen Pfuschkram.

Der Vorgang mit Geheimrath Lohmann ist so recht charakteristisch für die Sozialreform des großen Bismarck, der sich vorläufig mit dem parlamentarischen Hausknecht Bödiker behelfen will und nächstens sich den ersten besten Dienstmann von der Straße heraufholen wird. Frieren wird und kann die „Sozialreform“ dabei nicht.

Möglich wäre allerdings, daß die „Sozialreform“ ganz an den Nagel gehängt, und die Unfallvorlage — an das Invalidengesetz denkt ohnehin kein Mensch mehr — bloß zum Schein eingebracht und dann in der Kommission begraben wird. Die Haltung des Centrum macht die Ausführung dieses Planes leicht.

Freilich, das „kaiserliche Wort“ ist für die „Sozialreform“ verpöndet und zum Ueberflus die „persönliche Ehre“ Bismarck's — die Zahl derartiger Pfänder, die nach von früherer Gelegenheit her einzulösen sind, ist aber so groß, daß, ehe die Reihe an die Einlösung der neuesten kommt, der Saft Kimmereinstag da sein dürfte.

Das Kaiserreich ist der Friede! In Polen finden immer größere Truppenanhäufungen statt, selbstverständlich wird von deutscher Seite mit Verlegung weiterer deutscher Regimenter an die deutsch-russische Grenze geantwortet, in deren Hintergrund die „Kreuzung“ (Schaffung) neuer Kavallerieregimenter und die berühmte Remehrung der Feldartillerie um ca. 600 Geschütze aufsteht. Der Kriegsminister reist nach dem Westen, um die dortigen Festungen zu inspizieren, „Frischen“ geht „aus Höflichkeit“ auf 5 Wochen nach Spanien — Alles unter der ausdrücklichen Versicherung, daß der Friede gesichert ist als je.

Was dieser „gesicherte Friede“ doch für ein kostspieliges, zerbrechliches Ding ist! Millionen über Millionen verschlingt er, und doch kann der leiseste Windstoß, ein Hauch ihn über den Haufen blasen. Und dieser lustige Frieden ist die Haupterrungenschaft des deutschen Kaiserreichs, ist die notwendige Folge der glorreichen Amerikapolitik!

Fernim Süd das schöne Spanien — ist die neueste „moralische“ Eroberung Bismarck's. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Spanien soll durch die Reise „unseres Freig“ nach Madrid so fest geknüpft werden, daß der französische Republik der Rhein darüber ausgehen muß. Leider aber ist das spanische Volk nicht gewohnt, seine Sympathien und Antipathien von seinen Regierungen sich vorschreiben zu lassen, und wird daher nicht mehr und nicht weniger für die Deutschen schwärmen als es bisher gethan, d. h. sie werden ihm wohl im Großen und Ganzen ziemlich gleichgültig bleiben. Die radikalen Elemente Spaniens aber werden vielmehr nach wie vor dem republikanischen Frankreich ihre Sympathie bewahren und in den Freunden Alfonso's die Feinde ihrer Freiheit erblicken.

Es gehört daher bloße Bewunderung Bismarck's, die dem deutschen Liberalismus eigen ist, dazu, in der Reise nach Spanien etwas Anderes zu sehen, als eine höchst ungeschickte Antwort auf die Auspfeifung Alfonso's in Paris.

Serrano, der Verräther der spanischen Republik, ist von Alfonso dazu anserkoren worden, ihn in Paris zu vertreten. Ein recht passender Vertreter, fürwahr! Steht doch Serrano, der langjährige „Freund“ der Isabella, ihm näher als sonst Jemand, ja, wie Eingeweihte behaupten, ist fast Serrano

Alfonso's Vater vielleicht, von mütterlicher Seite.

Wie man in unabhängigen Kreisen des Auslandes über das neueste Stückchen preußisch-deutscher Staatskunst denkt, mag folgende Stelle aus der demokratischen „Zürcher Post“ zeigen, einem Blatt, das über den Verdacht deutsch-feindlicher Gesinnung durchaus erhaben ist:

„... Nur nicht empfindlich,“ tröstete die Köchin den Kaiser, als sie ihm die Haut über die Ohren zog, „es ist bloß ein Uebergang.“ Einen ähnlichen Zuspruch dürfte man wohl auch jetzt für die Franzosen berechtigen, jetzt, da der deutsche Kropf nach Madrid zu reifen sich anschickt. Der Telegraph hat diese Haupt- und Staatsaktion mit wohlbedachtem Geräusch verkündet, die offiziellen Federn blieben gleichfalls nicht müßig, und eben jetzt lesen wir, daß zu Ehren des Gastes in Madrid eine Truppenparade über 30,000 Mann, ein Stiergefecht, eine Galaworkstellung in der Oper und großer Empfang im Palaste stattfinden werden. Ein Stiergefecht ist für den von der Lutherfeier noch tiefbemeagten Erben des deutschen Thrones eine Ehre, die sich kaum vergelten läßt. Vielleicht denkt man in Berlin daran, dieselbe gelegentlich bei einem Kriege zu vergelten.“

Das in Madrid geistelt und getuschelt werden soll, wissen wir nicht, aber das weiß Jeder, daß die ganze Geschichte einer gegen Frankreich ihre Spitze lehrenden Provokation so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Man begnügt sich nicht, in möglichster Stille Genossen zu werden, man legt es offenbar darauf an, den Franzosen es fühlen zu lassen, daß sie vereinzelt dastehen und unausgesetzt noch mehr isolirt werden. Der Hohn konnte kaum schärfer sein; ob etwa die Absicht waltet den Gegner zum vorzeitigen Losschlagen zu reizen?

König Alfonso scheint trotz dem auf's Programm gesetzten Stiergefecht wenig erbaunt zu sein ob der fast tappigen deutschen Gastlichkeit; die neuen Leute seiner Regierung sprechen lieber französisch als deutsch und streifen mit dem Ellenbogen an die Republik. Alfonso ist in die Nothwendigkeit versetzt, den Gast mit offenen Armen zu empfangen und ihm bei einem spanischen Schneider eine Oberuniform zu bestellen, aber er wird sich doch sehr zu hüten haben, daß er den Feinden seiner Dynastie nicht in die Hände arbeitet. Hat der letzte Auffland in Badajoz ein jähes Ende gefunden, so ist daraus nicht zu schließen, daß aller Hinstoß mit verpuffte; die Flamme kann jeden Moment wieder aufzüngeln, und wenn die Franzosen geschelt sind, so werden sie sich spruten und den spanischen Republikanern nicht minder Viebes und Gutes in Aussicht stellen als „unser Freig“ dem Better Alfonso. Es wäre doch prächtig, wenn diese Fürstentweife den Sohn Isabellens bei seinen getreuen Unterthanen kompromittirte und der Republik auf die Weine hülfte. Die europäischen Herrscher haben lange Männer an ihrer Seite, aber das Gras hören sie gottlob nicht wachsen. Die Politik ist auch kein bloßes Rechenexempel, und es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß ein Zufall der Freiheit sich erbarnte und ein unerwarteter Faktor das kunstvolle Reggeriff, bevor noch die letzte Maßnahme fertig war. Kögen die Madrilenen den blöden Germanen recht artig aufnehmen, ohne jenes Geiziß, das ihrem Souverän jenseits der Pyrenäen beschieden war, und dafür recht bald um so kräftiger auf die Monarchie pfeifen!

Das klingt etwas anders als die Stühlpfahndel der deutschen demokratischen Blätter.

Nur immer logisch. „Das Sozialistengesetz hat bisher seinen Zweck nicht erfüllt; die Sozialdemokraten sind noch ebenso schlimm wie zuvor. Ergo muß das Sozialistengesetz verlängert werden.“

„Das Sozialistengesetz hat seinen Zweck erfüllt. Bei den Berliner Stadtrathswahlen hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokraten weit ruhiger und besser geworden sind. Ergo muß das Sozialistengesetz verlängert werden.“

Das sind, in gewöhnliches, d. h. nichtreptilisches Deutsch übertragen, die beiden Lesarten der offiziellen Ankündigung, daß das Sozialistengesetz verlängert wird.

*) Ueber das Vorleben dieses sauberen Industriemitters Thomas muß hier vorausgeschickt werden, daß derselbe in seiner Jugend Schreiber bei einem Notar in Solingen (vermuthlich Dahmen) und später in Diensten der Türkschrotz-Järberei von J. C. Dunkelberg hier war. Bei letzterer Firma und deren Chef mußte er sich so geschickt einzuschmeicheln, daß er volles Vertrauen genos und später auf Reisen geschickt wurde. Er mißbrauchte jedoch das Vertrauen in schändester Weise und betrog die Firma um hohe Summen, wurde ohne strafrechtliche Verfolgung einfach entlassen und fing nun mit dem auf unredliche Weise erworbenen Gelde eine Garnhandlung an gross an, trieb den Schwindel gleich in's Große, indem er sich eigene Equipage, schöne Pferde, Diener, Geschäftsführer, Kommiss und anderes zahlreiches Dienpersonal hielt und ein großes Haus bewohnte, hierdurch den Kaufleuten und Bankfirmen Sand in die Augen streuend. Er war bereits im Jahre 1866 zahlungsunfähig und hat sich während der 13 Jahre bis 1879 nur durch künstliche und betrügerische Manipulationen aufrecht gehalten. Die Neumann'sche Erfindung sollte ihn retten, der Erfinder aber, wie ein dummer Junge bei Seite geschoben werden.

Auf die Prämisse (den Vorderfuß) kommt's für einen kräftigen Logiker nicht an, wenn nur das ergo (die Schlussfolgerung) unwandelbar fest ist.

— Dynamit oder Nitroglycerin in Frankfurt, Morphymprixe nebst nihilistischem Gedicht (wohl zum Anknüpfen des verpöblichen Dynamits) an der preussisch-russischen Grenze — das verspricht gut zu werden. Vielleicht entpuppt sich die unheimliche Morphymprixe, mit der ein „Attentat“ auf den „dapperen“ Reichskanzler ausgedeutet werden sollte, als eine Alptriefprixe, vermittelt deren unser genialer Otto von seiner ins Stoden gerathenen Sozialreform entbunden werden soll. Apropos, da es wieder attentatelt, hat wohl nachstehendes Gelehrd, das im Sommer 1878, wenige Tage nach den Robbing-Schüssen, geführt war, einiges Interesse.

Graf X., (der seinen Bismarck in- und auswendig kennt): „Jetzt entgehen Sie dem Sozialistengesetz nicht. An den Hölle glaubte kein Mensch — auch der Kronprinz nicht. Dieser hatte den Bismarck im Verdacht, den Sockel gestürzt zu haben. Am Robbing ist aber nicht zu zweifeln. Wir bekommen Auflösung und Neuwahl. Und fängt der neue Reichstag sich nicht, so gibts noch ein paar Attentate.“

Sozialdemokrat: „Ganz sicher. Da es aber keinen Haken hat, nochmals auf den Kaiser zu schießen oder sich mit dem etwas mißtrauischen Kronprinzen ein Polzei-Spöckchen zu erlauben, werden wir wohl ein Bismarck-Attentat bekommen.“

Graf X.: „Das keinenfalls. Auch eine ungeladene Pistole könnte losgehen, denkt Bismarck, der vor Schießgewehr einen fabelhaften Respekt hat. Aber wenn nur seine Person nicht ins Spiel kommt, läßt er möglichenfalls ein halb Duzend Attentate anfertigen.“

Das Frankfurter Polizeiattentat soll zu Belagerungs- zustandszwecken fruchtbar gemacht werden. Für nichts hat man es natürlich nicht gemacht. Wenn wirklich ein Proklamierung des „Kleinen“ gedacht wird, dann ist es beiläufig gewiß, daß außer Frankfurt und Umgegend, auch die benachbarten Wahlkreise, welche sozialdemokratisch gewählt haben, ins Auge gefaßt sind: Offenbach, Hanau und Mainz. Ohne Ausdehnung auf diese Wahlkreise würde die Verhängung über Frankfurt gar keinen Sinn haben. Bis jetzt hat die heffische Regierung die preussischen Winke nicht verstanden. Allein die Winke können ja schließlich zu Jaunpfaß-Winken verstärkt werden. Auch der hamburgische Senat und die sächsische Regierung wollten seinerzeit die Berliner Winke nicht verstehen, und jetzt wissen wir alle, wie gut sie dieselben verstehen gelernt haben. Also die jetzige notorische Abneigung der heffischen Regierung gegen den Kleinen bietet nur eine sehr schwache Garantie. Eine bessere bietet die Thatsache, daß das „Attentat“ zu ungeschickt arrangirt worden ist, um selbst auf den hirnlosesten „Anarchisten“ Verdacht zu lenken, und daß kein Mensch in Frankfurt an dem politischen Ursprung zweifelt. Bloss darin weichen die Ansichten von einander ab, daß, während die Einen an einen politischen Beweggrund glauben, die Andern das Attentat für den Privatakt eines Polizeibeamten halten, der sich für irgend etwas rächen, oder wie wir bereits in voriger Nummer mittheilten, die Spuren eines begangenen Verbrechens (Attentat) verdecken wollte. In letzterem Sinne haben sich notorisch Polizeibeamte ausgesprochen.

Auf diese Weise ist die politische Fruchtbarmachung des Frankfurter Polizeiattentats sehr erschwert worden, und Herr Kumpf wird seine ehrsüchtigen Hoffnungen wohl nicht verwirklicht sehen. Der gesellschaftsretterische Wiedermann darf für diesen traurigen Fall unseres Mitleids versichert sein.

— Deutschlands Schmach. Seit einiger Zeit hat die preussische Regierung wiederholt die allen politischen Rechtsbegriffen höhnisch sprechende Niederträchtigkeit begangen, ausländische politische Gefangene — denn es handelt sich nicht einmal um Verbrecher — an ihre betreffenden Regierungen u. a. nämlich an Rußland auszuliefern. Von dieser Maßregel wurden u. A. die Genossen Koppelmann und Kutnicowski betroffen, während der aus dem böhmischen Sozialistenprozeß her bekannte Zigarrenarbeiter Kojabutski nur durch die Flucht diesem Schicksal entging. Genosse Volkmar hat sich nun das Verdienst erworben, in einem Artikel die deutsche Presse auf diese infame Praxis aufmerksam zu machen, und darauf hinzuweisen, daß zur Zeit noch fünf russische Staatsangehörige, nämlich Mendelsohn, Trufkowsky, Pablowski, Orzeskiemisch und Sotwinski, in preussischen Gefängnissen sitzen. „Sollen“, schließt Volkmar, „auch diese in russische Kerker geliefert werden?“

Und was hat die Presse darauf getan? Einige wenige Blätter ließen sich herbei, das Volkmar'sche Rundschreiben ohne Zusatz abzu- drucken, fast sämtliche liberalen, demokratischen oder volksparteilichen Organe aber, die uns zu Gesicht gekommen sind, haben es nicht der Mühe für werth erachtet, selbständig ein Wort des Protestes oder auch nur des Tadelns gegen die preussische Auslieferungspolitik anzufügen.

Zweifelsohne waren die liberalen, demokratischen u. a. Herren zu sehr von der Pflicht in Anspruch genommen, den Mannesmutz Martin Luthers zu verherrlichen.

— Deutschland — Heuchelland, so wird es leider bald heißen, denn in keinem Lande Europas ist die Heuchelei so zum politischen Prinzip geworden, als im neugebundenen deutschen Kaiserreich unter der Herrschaft Wilhelm des Ersten, der bei seinem Regierungsantritt der kirchlichen Heuchelei patetisch den Krieg erklärte, und unter der Kanzlerschaft des „christlichen Kaisers“ Bismarck. Man braucht nur die Festzeiten, die Festreden, die Festgedichte zu lesen, die sich das Vaterland zu der von oben anbefohlenen Lutherfeier gefallen ließ, um einen wahren Eckel über diese systematische Verdrehung aller geschichtlichen festgestellten Thatsachen zu empfinden. Voran marschirte dabei natürlich wieder Sanft Liberalismus und — was doppelt gerühmt werden muß — die von liberalen Juden redigirte Presse. „Berliner Tageblatt“, „Berliner Zeitung“, „Berl. Börsen-Courier“ u. a. stimmten Bemeißelungs- ergehenymnen auf Luther und dessen Reformation an, daß man schier Antifemitt darüber werden könnte. Sagt denn den Herren Leypson, Kohut, Davidsohn u. a. nicht ihr Instinkt, daß sie mit ihrer Reklame für Luther nur die Arbeit des protestantischen Pfaffenstums besorgen, desselben Pfaffenstums, das an der Spitze der Judenhege steht? Haben denn die Juden Ursache, Luther besonders dankbar zu sein, oder ist nicht die Emancipation der Juden zuerst in dem katholischen Frankreich vollzogen worden? Wir dächten, die jüdischen Liberalen hätten allen Grund, dem kirchlichen Schwindel nach Kräften entgegenzuwirken, und wo sie zu feige dazu sind, sollen sie wenigstens den Mund halten. Die reaktionäre Bande gewinnen sie mit ihrer zur Schau getragenen „Objektivität“ doch nicht, wollen sie sich auch noch die Antipathie der wirklich freisinnigen Elemente des deutschen Volkes verdienen?

— Unsere wackeren Braunschweiger Genossen haben es sich trotz Verbot des Viehnachrichten Vortrages über Luther nicht nehmen lassen, ihre Stellung zum Lutherfestschwindel öffentlich zu dokumentiren. Ein sehr geschickt abgefaßtes Flugblatt wurde von ihnen am Lutherfest in Tausenden von Exemplaren verbreitet, zum großen Verdruß der Braunschweigischen Polizei, die, ohnmächtig einzuschreiten, das Flugblatt hinterher verbot. Auch an anderen Orten haben unsere Genossen in Flugblättern, Plakaten u. a. wider die offizielle Lutherfeier Protest eingelegt.

— Die Frankfurterin wird fromm. Seit einiger Zeit beschäftigt sich die „Frankfurter Zeitung“ eifrig mit dem verdient- vollen Werke, Vorschläge zu einer Reform in der preussisch-deutschen Armee zu publiziren, zu welchem Behufe sie sich einen Spezialfachmann zugelegt hat. Daß diese Reformen dem berühmten „Basch mir den Pelz,

aber mach ihn mir nicht naß“, entsprechen, ist selbstverständlich, denn die „Frankfurterin“ ist ja längst gut preussisch allewege. Wir dürfen uns daher auch nicht wundern, in dem Organ des weiland Mitglied der Friedens- und Freiheitsliga die „moralische Wirkung der mit eingeleiteter Lanze anstürmenden Ulanen“ gepriesen zu sehen, was gar rühmend an die „moralische Wirkung“ des Chassepot bei Rentana und der Mitrailleuse bei Saarbrücken erinnert, von den einst verhöhten „schönen Kavalleriegefechten“ ganz zu schweigen.

Aber die gute Frankfurterin ist nicht nur „patriotisch“ geworden, sie wird auch fromm, sagen wir militärfromm. In ihrer Nr. 316 finden wir in einem Leitartikel über die Reform der Reiterei, worin für die Abschaffung der Kürassiere, resp. Umwandlung derselben in „Schwere Reiterei“ plädiert wird, folgenden hübschen Satz: „Hiervon möchten wir jedoch aus Pietät des Regiment der Garde du Corps ausgeschlossen wissen.“

Aus Pietät! Das kostspieligste und — selbst vom militärischen Standpunkt aus — überflüssigste aller Regimenter konserwiren — aus Pietät! Tausende und Abertausende aus dem Steuerfädel „aus Pietät“ dahingehen — an Arme, Hungernde? Nein an adlige Zaugenheife, für die die Garde du Corps traditionell die beliebteste Verpflegungsanstalt ist! Aus Pietät! für wen? für die schönen Duasen und Delabäse, bei deren Abbild gewisse gefühlvolle Damen vor Wonne in Ohnmacht fallen? Aber wir wollen der Frankfurterin nicht Unrecht thun, sie hat vielleicht nur deshalb so große Vorliebe für das hochgehörliche Leibregiment, weil es so schöne Kürassierstiefel trägt.

— Ect liberal. Das „Berliner Tageblatt“ widmet dem Bebel'schen Buche „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ noch nach dem Verbote einen Leitartikel, der an Verdrehungen nichts zu wünschen übrig läßt. Und warum auch nicht? Ist das Blatt des Hrn. Wölfe doch sicher, daß ihm vorläufig Niemand in Deutschland auf die Finger klopft, und wo sie nichts zu riskiren haben, da sind diese Herren von der liberalen Opposition noch stets sehr müthig gewesen. Es kann uns natürlich nicht einfallen, an dieser Stelle den Hülfsmann, den Herr Arthur Leypson, der „geistreiche“ Blag-, pardon, Tagblattredakteur über das Buch unseres Genossen zu Tage fördert, zu widerlegen, das ganze Verhalten Bebel's im Parlament und in der Agitation, strafte seine albernsten Unterstellungen Lügen, wie: Bebel verlange von den Arbeitern, alle Versuche, ihre Lage in der Gegenwart schon zu verbessern, zurückzuweisen, um desto eher für kommende Geschlechter paradisiische Zustände herbeizuführen, und was dergleichen faule Redensarten noch sind.

Aber Herr Leypson demut die Besprechung des Bebel'schen Buches, um einige Betrachtungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes daran zu knüpfen, und diese Reflexionen sind es, die uns veranlassen, den Auslassungen des Herrn einige Worte zu widmen. Unter dem Anschein nämlich, als trete er für die Aufhebung des Sozialistengesetzes ein, macht Herr L. in nicht mißzuverstehender Weise Reklame für die Verlängerung desselben. Oder ist es etwas anderes, wenn man sich zum Kolporteur der größten Lügen gegen die Sozialdemokratie macht, gemeinsam mit der „Norddeutschen Allgemeinen“ flunkert, daß ein „nicht geringer Theil der sozialdemokratischen Arbeiter den kommunistischen Nebelwäldern bereits den Rücken gekehrt haben“, daß es zu wünschen ist, daß diese Stimmung eines großen Theiles der sozialdemokratischen Arbeiter auf jede Weise ermutigt werde“ u. s. w. u. s. w.? Wenn dann zum Schluß plötzlich die Tonart gewechselt und die Aufhebung des Sozialistengesetzes mit Strafen, wie „die Unterdrückung der Freiheit“ schließe die Gefahr in sich, daß mit dem Schlimmen auch das Gute unterdrückt und nebenbei eine unterirdisch schleichende Bewegung genährt werde, die das, was man verhüten will, die Richtung der Arbeiter, nur im höherem Maße hervorruft“ gefordert wird, so ist die Heuchelei denn doch zu durchsichtig, als daß nicht jeder Leser merken sollte, wie es in Wahrheit gemeint ist. Davon reden, daß bereits jetzt, wo ja das Sozialistengesetz noch in Kraft ist, die deutschen Arbeiter zu nüchternen, praktischeren Ansichten zurückkehren, und dann seine Aufhebung, die Möglichkeit öffentlicher sozialistischer Agitation verlangen, damit dieser Gesundungsprozeß sich um so schneller vollziehe — so wenig der Spießbürger auch logisch zu denken gewohnt ist, diese Sprünge macht er doch nicht mit.

Wer die Aufhebung des Sozialistengesetzes ernsthaft will, der muß auch den Muth haben, rund heraus zu sagen, weshalb es erlassen wurde. Nicht um „wüste Agitationen“ zu unterdrücken, sondern um wüste Agitationen zu ermöglichen — siehe Antifemittismus, nicht um die deutschen Arbeiter von Hirngespinnissen zu kuriren, sondern um die sehr nüchternen und praktischen Bestrebungen derselben zu hinter- treiben — siehe das von den Sozialisten 1877 im Reichstag beantragte Arbeiterschutzgesetz, nicht um internationale Verschönerungen zu unterdrücken, sondern um eine nationale Verschönerung auf Aus- raubung des deutschen Volkes zu ermöglichen — siehe die berühmte Zollreform von 1879 — das Sozialistengesetz ist geschaffen worden, nicht um die Arbeiter von der „Tyrannei der sozialistischen Führer“ zu befreien, sondern um die Stimme der deutschen Arbeiter zu fälschen, ihnen die freie Kritik unmöglich zu machen. So stehen die Sachen, und das muß konstatiren, wer die Aufhebung des Sozialistengesetzes will. Sie nur deshalb verlangen, damit die Arbeiter aufhören, Sozialisten zu sein, das kennzeichnet so recht die Jämmerlichkeit des deutschen Liberalismus, jene pfiffige Politik des fortgesetzten Betruges. Anwahr gegen sich selbst, unwahr gegen das Volk, unwahr der Regierung gegenüber — das ist die Politik dieser traurigen „Freiheits- helden“.

— Einen gottswollen Witz finden wir in der neuesten Nummer unseres trefflichen Bruderorgans, des Brünner „Volkstreuher“. Auf der dritten Seite desselben befindet sich nämlich unter der Ueberschrift „das Evangelium Kathä“ ein großer weißer Raum, auf den uns in großen Lettern das einzige Wort „Konfession!“ entgegenstarrt. Trautlicher kann man es fürwahr dem österreichischen Volke nicht klar machen, daß es mit der Weisheit seiner Regierer wirklich — Kathä am Lezten ist!

— „Du glaubst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird“, dieses berühmte Diktum hat jüngst in Wien eine recht drastische Illustration erfahren. Ein bekannter Staatsmann, schrieb die dortigen Blätter, besuchte die dortige elektrische Ausstellung und ließ sich dabei von einem Ingenieur die verschiedenen Konstruktionen u. s. w. erklären. Als der Ingenieur zu Ende war, sagte ihm der hohe Gast: „Das ist wirklich großartig, was mich aber ganz besonders beim Anblick dieser Drähte in Erstaunen versetzt, ist, wie sein die Köh'ren sein müssen, durch welche der elektrische Strom da durchzugehen hat!“ Der Ingenieur fand auf diese spitzsinnige Bemerkung keine Antwort, sondern verbeugte sich sprachlos.

Soweit die Blätter; den Namen verschweigen sie diskret. Uns aber wird von gutunterrichteter Seite mitgetheilt, daß der große Diplomat, der diese phänomenale Unwissenheit über die bedeutendste technische Erfindung der Neuzeit an den Tag legte, Niemand anders gewesen sei als der ehemalige Kanzler des großen Oesterreich, der österreichische Bismarck, die Fierde des Berliner Kongresses, — Graf Julius Andrássy!

— Staatsretterliches aus Schwaben. Aus Stutt- gart, 10. November, schreibt man uns: Brandstiftungen, Raubfälle und Raubmorde mehren sich, wie die Zeitungen berichten, bei uns in Schwaben in „erschreckender Weise“; schade nur, und viel erschreckender ist es indeß, daß unsere biedere Polizei nicht im Stande ist, die Brandstifter und Raubmörder herauszufinden und

dem „strafenden Arm der Gerechtigkeit“ zu überliefern. Die Vorbeeren, die ihr in dieser Beziehung versagt bleiben, sucht sie nun auf anderen Gebieten zu erwerben. Kann die Polizei keine Räuber und Mörder packen, so nimmt sie — Sozialdemokraten, davon gibts ja genug, und schließlich wird der Name Donold, Kern und Genossen doch auch hierbei wieder rühmend gedacht, und an „hoher“ Stelle fühlt man sich unter solch treuer Hut wieder sicherer, und gedenkt dankend der treuen Retter. Indes zur Sache!

Der Donold hat einen Augenblick seine Liebesaffären, der Kern seine Hopfen-Anpflanzungen vergessen und sie sind auf die Sozialistenjagd gegangen. Ihre Beute wurden die Genossen Taute, Behr, Sto- dinger und Voigt, welche seit einigen Tagen verhaftet, jetzt hinter schwedischen Gardinen über deutsche Freiheit nachzudenken Ruhe haben. Ihr Vergehen soll in Verbreitung verbotener Schriften bestehen, und diverse Hausjudungen hier und in Heilbronn sollen das Belästigungs- material ergeben haben. Wenns auch nicht zur Verurtheilung reicht, so ist es doch für Honold und Konforten angenehm, anstatt der fehlenden Räuber und Brandstifter vorläufig vier Sozialisten gepackt zu haben; wird denselben schließlich auch nichts bewiesen werden können, so finden sich doch Richter genug, die der Polizei zu Gefallen auch ohne Beweise ver- urtheilen, und im für die Polizei ungünstigen Falle der Freisprechung haben die Verhafteten wenigstens ihre Untersuchungsfrist weg. Besonders angenehm ist unser Donold durch den glücklichen Fing Jang berührt. Er äußerte seine Freude darüber, daß es ihm doch jetzt endlich gelungen sei, den hiesigen Korrespondenten des „Sozialdemokrat“ erwischt zu haben, „der ihn immer so schlecht macht“, wie er sich ausdrückte. Kermer Keil, Deine Freude kam zu früh!

Unser Schwarzwälder Hopfenbauer (Kern) will sich, wie es heißt, demnächst vom Dienst zurückziehen. Er hat sich soviel „erspart“, daß er's nicht mehr nötig hat. Neben seinem Polizeidienste hatte er nämlich ein Privatknäuelinstitut errichtet, durch welches er für reiche Herren und Damen deren resp. Ehehälften übermüde oder überwachend ließ, ob dieselben sich nicht eines Begehens wider das 6. Gebot zu Schulden kommen ließen. Dergleichen Dienste werden gut bezahlt, und unser Hopfen- bauer verliert sich auf seinen Profit, und Liebesintrigen sind ja so leicht zu inszeniren.

— Als selbstverständlich haben wir es betrachtet und daher auch nicht besonders erwähnt, daß auch dieses Jahr der „Kleine“ über Ham- burg, Altona, Harburg u. c. verlängert worden ist, über Harburg sogar noch über die Dauer des Sozialistengesetzes hinaus. Der wacker Land- drost hat bereits die Verlängerung dieses die deutsche Reichsherrschaft charakterisirenden Gesetzes als sicher angenommen, worin er sich auch schwerlich getäuscht haben dürfte. Unsere Hamburger Genossen gaben wiederum die passende Antwort auf die Verlängerung, indem sie auf dem Steinwälder die rothe Fahne aufhielten. Bravo!

— Der am Arbeitertag in Zürich beschlossenen neuen schwei- zerischen Arbeiterorganisation sind bis jetzt etwa sechzig verschiedene Arbeitervereine mit circa 3800 Mitgliedern beigetreten.

— Frankreich. In der neuesten Nummer des „Proletaire“ gibt Herr Broussé einige weitere Gründe für die „Exklusivität“ der „internationalen“ Konferenz an. Man habe zunächst das Gesetz von 1872 gegen die Internationale durchlöchern wollen, und dazu sei gerade die Beschränkung in der Zahl der Einladungen nothwendig gewesen. Was speziell die Nichteinladung der deutschen Sozialisten betrifft, so solle man nicht vergessen, daß es in Paris neben den sozialistischen Arbeitern auch eine chauvinistische Masse gebe, die gewissen Aufregungen sehr zugänglich sei und sich leicht zu Exzessen hinreißen lasse. „Sollten wir, wie Jerry, Gäste Insulten aussetzen, ohne sicher zu sein, ihnen Gemüthung zu ver- schaffen?“ „Hätte nicht der geringste Skandal einer nach einem Vorwand für die Ausweisung der Fremden judenden Regierung genügt, die Kon- ferenz aufzulösen, die französischen Delegirten zu verhaften?“

Das sind Gründe, über die wir kein Wort verlieren würden, wenn sie vor der Konferenz geltend gemacht worden wären, obwohl uns der letztere z. B. etwas — spanisch vorkommt, aber hinterher, und zwar nach der in voriger Nummer mitgetheilten Erklärung, können wir in ihnen nur Ausreden erblicken, hinter denen das schlechte Gewissen sich versteckt.

Aber was liegt schließlich an diesen in Grunde doch nur formellen Fragen! Lassen wir sie daher ruhig bei Seite, und fragen wir vielmehr, was ist positiv erreicht? Nach unserer Ansicht nur das Eine, daß die guten Franzosen u. c. den Engländern zu Liebe Wasser in ihren Wein gegossen haben, und zwar sehr viel. Die Emancipation von der revolu- tionären Phrase ist gewiß ein sehr gesunder Prozeß, aber daß man im Eifer nun auch gleich die revolutionäre Besinnung verlegen muß, das ist ein „Erfolg“, den wir nicht bezubeln können. Das müssen wir der deutschen Bourgeoisie überlassen, die wahre Triumphtafel über diese Konferenz veröffentlichen. Aber abgesehen von dieser Lobhudelei durch die bürgerliche Presse, in welche die ausländische sozialistische Arbeiter- presse, z. B. „Toekomst“ in Gent, „Recht voor Allen“ in Amsterdam u. c., durchaus nicht einstimmt, ist der Erfolg absolut Null. Daß die Arbeiter in den verschiedenen Ländern darnach trachten müssen, die ihre Vereinigung hindernenden Gesetze zu beseitigen, wissen sie längst, dazu brauchen sie keine internationalen Konferenzen. Und wenn das samose Zukunfts- gesetz gegen die Internationale nicht an sich schon längst überlebt wäre, — die Thatsache, daß es jedoch eine so heilsame Wirkung ausgeübt, könnte nur eine Ursache sein, es vorläufig noch recht hübsch aufrechtzuerhalten.

In der Schlussitzung erklärte Andrea Costa, daß im nächsten Jahre anläßlich der italienischen Industrieausstellung in Turin dort ein nationaler Arbeiterkongreß stattfinden werde, an dem sich circa 200 Delegirte italienischer Arbeitervereine betheiligen werden. Die italienische Arbeiterpartei hoffe, daß die fremden Arbeiterparteien Dele- girte zu demselben senden werden zur Abhaltung einer internationalen Konferenz.

Der in unserer vorigen Nummer erwähnte Protest des Inter- nationalen Zirkels zu Paris geht von den Beschlüssen des Churer sog. Weltkongresses und des Kongresses von St. Etienne aus, die auf die Einberufung eines allgemeinen internationalen Kongresses in Paris lauten; konstatirt, daß die Parteien, die in Chur vertreten waren, nicht zur Konferenz eingeladen waren, sondern nur Parteien, die nicht in Chur vertreten waren, mißbilligt speziell die Nichteinladung der deutschen Sozialisten und die Motivirung derselben durch ein „un- würdiges“ Geständniß der Furcht und richtet sich in Ermüdung aller dieser Umstände energisch:

1. Gegen die Nichtveröffentlichung des Manifestes an alle europäischen Sozialisten seitens des Nationalkomites, das der Nationalkongreß in der geschlossenen Sitzung vom 30. September 1882 beschlossen hatte;
2. Gegen das Nichtstattfinden des internationalen Kongresses, der vom internationalen Kongreß zu Chur und vom Nationalkongreß der fran- zösischen sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei beschlossen worden war;
3. Gegen das Stattfinden einer internationalen Konferenz zu Paris, zu der nur eine der sozialistischen Parteien, welche auf dem inter- nationalen Kongreß zu Chur vertreten war und zwei Arbeitergruppen, welche nicht vertreten waren, eingeladen worden sind, also im Ganzen mit der französischen sozialistischen Partei drei sozialistische Parteien und die Trades-Unions, von 17 Parteien, deren Programm und Organisation bekannt sind;
4. Gegen das Geständniß der Furcht, das im offiziellen Organ der französischen sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei, im Proletaire vom 20. Oktober enthalten ist;
5. Gegen die Verlistung, in Paris einen internationalen Kongreß für das Jahr 1884 zusammenzubekommen, welche das Nationalkomite auf dem Pariser Nationalkongreß übernommen hat, ehe es die Meinung der aus-

